

Niederschrift
über die Sitzung des Bielefelder Klimabeirates
am 18.10.2023

Tagungsort: Else-Zimmermann-Saal, Technisches Rathaus

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 19:00 Uhr

Anwesend:

Mitglieder

Herr Jörg Beyer

Herr Dr. Timothy McCall

Herr Klaus Meyer

Herr Karl-Ludwig Meyer zu Stieghorst

Frau Angela Rehorst

anwesend ab 17:10 Uhr

Herr Dr. Michael Schem

Vorsitz

Frau Prof. Dr.-Ing. Eva Schwenzfeier-Hellkamp

Frau Ute Silbernagel-Grimme

Herr Bernd Upmeier zu Belzen

Frau Bettina Willner

Stellvertretende Mitglieder

Frau Smilla Jongmanns

Herr Adalbert Niemeyer-Lüllwitz

Verwaltung

Herr Martin Adamski

Dezernat 3

Frau Birgit Reher

Umweltamt

Schriftführung

Frau Franziska John

Umweltamt

Zu Punkt

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der Vorsitzende Herr Dr. Schem begrüßt die Anwesenden. Herr Dr. Schem stellt den form- und fristgerechten Versand der Tagesordnung und die Beschlussfähigkeit fest. Er begrüßt Frau Sielemann und Herrn Hollnaicher von Scientists for Future (S4F) Bielefeld, die zur Bielefelder Klimabahn vortragen werden.

Kenntnisnahme

-.-.-

Zu Punkt 1

Genehmigung der Niederschrift über die 16. Sitzung des Bielefelder Klimabeirates am 30.08.2023

Ohne weitere Aussprache ergeht folgender

Beschluss:

Die Niederschrift über die 16. Sitzung des Bielefelder Klimabeirates am 30.08.2023 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 2

Bericht aus dem Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz vom 19.09.2023

Herr Dr. Schem berichtet, dass das Projekt „GießkannenheldInnen“ an den Betriebsausschuss Umweltbetrieb verwiesen worden sei. Des Weiteren wurde das Forschungsprojekt „Partizipative Quartiersarbeit“ beschlossen mit der Maßgabe, dass eine vergaberechtliche Prüfung erfolgt. Der „Reparaturbonus“ und die Förderrichtlinie zur „Klimafreundlichen Mobilität“ seien beschlossen worden.

Kenntnisnahme

-.-.-

Zu Punkt 3

Vorstellung der Klimabahn

Frau Sielemann und Herr Hollnaicher stellen das Projekt „Klimabahn“ vor. Die Präsentation ist im Ratsinformationssystem einsehbar.

Frau Rehorst fragt nach, wie die Buchung erfolgt und mit welchen Kosten zu rechnen wäre.

Frau Sielemann erklärt, dass Anfragen vorerst über die angegebene Email Adresse gestellt werden sollten. Die konkrete Planung würde dann durch Scientists for Future in Absprache mit MoBiel laufen.

Herr Hollnaicher merkt an, dass es sich hierbei um Sonderfahrten handle, für die in der Regel Kosten von ein paar 100 Euro anfallen, allerdings könnten einige Fahrten auch noch über die aktuelle Förderung durch die Stiftung für Umwelt und Entwicklung abgerechnet werden. Hierfür solle vorab Kontakt aufgenommen werden zur Absprache der Inhalte.

Herr Dr. Schem verweist darauf, dass die Bahn im normalen Betrieb fahren würde, man also nicht unbedingt eine Sonderfahrt buchen müsse, um das Erlebnis zu haben.

Frau Schwenzfeier-Hellkamp betont die Großartigkeit des Ambientes, die Tontechnik sollte jedoch optimiert werden, damit alle Gäste gut informiert seien.

Frau Sielemann erklärt, dass die Tontechnik noch verbessert werden würde.

Frau Reher erläutert, dass die eigentlich geplante Fahrt des BKB mit der Klimabahn an einem Sitzungstermin schwierig zu realisieren sei, weil die Bahn im laufenden Betrieb eingesetzt werde. Nächstes Jahr könne eine Sonderfahrt für mehrere Gremien, an einem Wochenende, stattfinden.

Herr Dr. Schem fragt nach, ob es Rückmeldungen aus der Bevölkerung zur Klimabahn gebe.

Frau Sielemann erklärt, dass die Rückmeldungen bislang nur von den Klimalotsen stammen würden und diese durchweg positiv wären. Allerdings gäbe es auch Menschen, die nicht ins Gespräch kommen wollen würden. Viele würden außerdem gar nicht bemerken, dass sie in der Klimabahn sitzen.

Frau Willner fragt nach, wie lange die Klimabahn betrieben werde. Soweit sie informiert sei, wäre dies auf zwei Jahre begrenzt.

Herr Hollnaicher erklärt, dass es letztendlich daran liege, ob MoBiel die Bahn weiterhin fördere.

Herr Dr. Schem regt an, die Klimabahn im Jahre 2025 erneut zu fördern oder mit MoBiel Rücksprache zu halten.

Herr Adamski erklärt, dass dieses mit der Auftraggeberin Stadt Bielefeld besprochen werden müsse, da die entstehenden Kosten vom Haushalt ausgeglichen werden müssten.

Herr Meyer fragt nach, welche Stadtteile angefahren würden und welche Bevölkerungsgruppen potentiell hauptsächlich mitfahren. Er gibt zur Kenntnis, dass er die Klimalotsen in der Bahn für essentiell hält, da diese mit den Bürger*innen in Kontakt treten.

Frau Sielemann erklärt, dass es bislang keine Auswertung über die Bevölkerungsgruppen gäbe. Die Klimabahn würde auf Linie 2 und 4, Richtung Sieker, Altenhagen und Universität, fahren.

Herr Adamski erläutert, dass auf der Linie 1 und 3 die Klimabahn noch nicht eingesetzt werden könne, weil die entsprechenden Breiten an den Bahnsteigen fehlen.

Kenntnisnahme

Zu Punkt 4

Mitteilungen

Frau Reher weist auf den neu gestalteten Newsletter Klimaschutz & Nachhaltigkeit vom Umweltamt hin, welcher jetzt auch online abrufbar sei. Dieser informiere einmal im Monat über Projekte und Veranstaltungen zum Thema.

Des Weiteren berichtet sie über den aktuellen Stand des kommunalen Netzwerks „Klimaschonende Entscheidungen“. In Bielefeld wird das Projekt unter dem Titel „Klimaschutz- einfach machen“ durchgeführt. An der Pilotphase beteiligen sich aktuell zwölf Haushalte, welche bis Februar 2024 fachlich begleitet würden, um Klimaschutz im Alltag einfacher umzusetzen. Die Haushalte seien divers aufgestellt, von großen Familien mit Migrationshintergrund bis hin zu Einzelpersonen. Momentan würden Coachings durchgeführt, um die eigenen Ziele und Maßnahmen festzulegen. Am 24.10.2023 würde der erste gemeinsame Workshop stattfinden, bei dem die Haushalte ihre individuelle CO₂-Bilanz erhalten werden. Hieraus sollten sich konkrete Umsetzungsmöglichkeiten ableiten lassen. Das Coaching und die Workshops werden vom Ingenieurbüro GERTEC moderiert. Ab dem 24.10.2023 könnten die Familien außerdem Angebote von über 30 Anbieter*innen aus Bielefeld zum Themenfeld „Klimaschutz und Nachhaltigkeit“ nutzen. Beispielsweise biete die Verbraucherzentrale eine Beratung an, andere Anbieter*innen würden zu Workshops einladen. Zwei Monate hätten die Familien Zeit, relativ niederschwellig, neue Dinge auszuprobieren und mit in ihren Alltag zu integrieren. Der Projektabschluss würde am 15.02.2024, mit einer Fahrt in der Klimabahn, stattfinden. Die Familien sollen im besten Fall danach als Multiplikatoren fungieren.

Frau Reher berichtet weiter, dass am 08.11.2023 eine Online- Informationsveranstaltung, zum Thema Energiegenossenschaften, stattfinden würde. Unter anderem wären die „EWS Elektrizitätswerke Schönau eG“ und die „Friedensfördernde Energiegenossenschaft Herford eG“ eingeladen, welche über das Thema informieren werden. Der Herr Adamski eröffne und begleite die Veranstaltung.

Eine Folgeveranstaltung für alle an einer Gründung Interessierten sei in Präsenz am 07.12.2023 in der Stadtbibliothek geplant.

Frau Reher gibt zur Kenntnis, dass der Wettbewerb für Kommunen „Wattbewerb“ erfolgreich beendet worden sei, da die Kommune Bergisch Glattbach als erste das Ziel erreicht hatte, den PV-Ausbau zu verdoppeln seit Start des Wettbewerbs. Bielefelds Zuwachs wäre in absoluten Werten deutlich größer gewesen, jedoch hatte Bielefeld schon vor dem Start eine deutlich höhere PV Leistung installiert. Im nächsten Sommer würde das Folgeprojekt „Wattbewerb 2.0“ starten, hier könne sich Bielefeld wieder beteiligen.

Auf Anfrage von Frau Willner, wie der Stand der vom BKB initiierten Förderungen sei, berichtet Frau Reher, dass die Förderung zur Dämmung der oberen Geschosdecke/Dachdämmung kontinuierlich gut nachgefragt würde. Es gäbe über 80 Anträge, womit mehr als die Hälfte des Etats ausgeschöpft worden sei. Die Förderung zur Heizungsoptimierung hingegen würde eher wenig angenommen. Die Förderung zur Anschaffung neuer, effizienter Kühlschränke würde über die Gesellschaft für Arbeits- und Berufsförderung (GAB) abgewickelt. Nicht alle Mittel seien bislang verausgabt, dies würde wohl auch daran liegen, dass es noch eine zweite Förderung vom Land gäbe.

Frau Reher teilt mit, dass sich die Strategie „Klimaneutral 2030“ in der Endabstimmung befände.

Herr Niemeyer-Lüllwitz berichtet über eine Infoveranstaltung zum Thema Wärmegesetz und Heizungstausch, welche von mehr als 70 Leuten gut besucht worden sei. Er äußert sein Interesse an der Forcierung der Information zu diesem Thema von Seiten der Stadt. Es gäbe genug Menschen, welche verunsichert seien und Interesse an Informationsveranstaltungen etc. hätten. Deshalb wundere es ihn, warum die Förderung zur

Heizungsoptimierung so schlecht laufen würde.

Frau Reher erläutert, dass es bei der Förderung zur Heizungsoptimierung u.a. um hydraulischen Abgleich, Isolierung von Leitungen und Pumpentausch ginge. Der aktuelle Fokus der derzeitigen Diskussion liege aber auf den Neuerungen der gesetzlichen Regelungen und der Verunsicherung zum Heizungstausch und würde diese Punkte nicht betreffen. Das große Interesse an der Veranstaltung würde Frau Reher deshalb nicht überraschen.

Momentan würde ein Konzept erarbeitet für eine niederschwellige Energieberatung für Bürger*innen. Geplant sind kostenlose Erstberatungen u.a. in den Quartieren durch qualifizierte Energieberater*innen.

Herr Adamski äußert sich positiv über die frühzeitige Entscheidung zur Erarbeitung einer kommunalen Wärmeplanung. Noch bevor das Gebäudeenergiegesetz und das Wärmeplanungsgesetz auf den Weg gebracht worden seien, hätte Bielefeld zusammen mit den Stadtwerken begonnen, eine kommunale Wärmeplanung zu erarbeiten. Dies wäre von großem Vorteil, da Städte mit mehr als 100.000 Einwohner*innen ab Sommer 2026, eine Wärmeplanung vorzulegen hätten. Anfang nächsten Jahres würden erste Ergebnisse öffentlich vorgestellt. Wichtig sei dabei der Ausbau der Fernwärme aber auch erneuerbare Energien wie Geothermie würden betrachtet.

Kenntnisnahme

--

Zu Punkt 5 Anfragen

Zu Punkt 5.1 Mobilitätsbefragung

Das Amt für Verkehr beantwortet die Anfrage wie folgt:

Text der Anfrage

Die Stadt Bielefeld hat wie schon in den Jahren 2010 und 2017 im vergangenen Jahr eine Haushaltsbefragung zum Mobilitätsverhalten durchgeführt mit dem wesentlichen Ziel, Aussagen zur Verkehrsmittelwahl zu erhalten. Diese Erhebung erfolgte aus Gründen der Vergleichbarkeit zeitgleich auch in anderen Städten bzw. Kreisen in NRW. Für die Städte Herford und Gütersloh wurden die Ergebnisse bereits vor einiger Zeit veröffentlicht. Ergebnisse für Bielefeld dürften daher zumindest zeitnah auch vorliegen.

1. Wie hat sich das Mobilitätsverhalten in Bielefeld im Vergleich zu früheren Erhebungen und im Vergleich zu den Nachbarstädten verändert (sowohl Autonutzung als auch Nutzung des Umweltverbunds)?
2. Lassen sich aus den Zahlen eher positive oder negative Tendenzen für die Verkehrswende ablesen?
3. Wie bewertet die Stadtverwaltung die erhobenen Daten insbesondere in Bezug auf weitere zu ergreifende Maßnahmen und wann werden die Daten der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt?

Antwort

Die Stadt Bielefeld hat sich zusammen mit den Städten Gütersloh und Herford sowie dem Kreis Gütersloh im Jahr 2022 zu einer abgestimmten und parallel durchgeführten Haushaltsbefragung zum aktuellen Mobilitätsverhalten entschieden. In der ersten Erhebungswelle der Haushaltsbefragung in Bielefeld im Herbst 2022 konnte die notwendige Rücklaufquote nicht erreicht werden, weshalb im Frühjahr 2023 eine erneute Erhebungswelle stattgefunden hat. Damit liegen nun ausreichend Daten für repräsentative Aussagen zum Mobilitätsverhalten der Bielefelder Bürgerinnen und Bürger vor. Aktuell erstellt das mit der Durchführung der Haushaltsbefragung beauftragte Büro den Endbericht. Die Ergebnisse inklusive Endbericht werden im November der Politik und der Öffentlichkeit präsentiert. Der Endbericht enthält dabei auch Antworten auf die in der Anfrage gestellten Fragen zu Vergleichen mit Nachbarstädten, Tendenzen und aus den Ergebnissen resultierenden Maßnahmen.

Kenntnisnahme

Zu Punkt 6

Anträge

keine

Zu Punkt 7

Budget 2023- Restmittel

Herr Dr. Schem verweist auf die vorliegende Aufstellung zu den Beschlüssen von 2023. Er zeigt auf, dass das Budget um 52.000 Euro überschritten worden sei. Jedoch seien die Gelder nicht alle verausgabt worden.

Zu der Aufstellung erläutert Frau Reher, dass die Förderung für den „Bobby Car Solar Cup“ angewiesen sei. Für die Förderung von Spülmobilen liegen 3 Anträge vor. Man gehe davon aus, dass die beschlossenen 30.000 Euro nicht ausgegeben würden.

Die Förderung „Partizipative Quartiersarbeit“ befände sich in der vergaberechtlichen Prüfung, es ist fraglich, ob das Projekt noch dieses Jahr vergeben werden könne.

Herr Adamski empfiehlt, das Projekt auf 2024 zu verschieben. Das Ausschreibungsverfahren benötige Zeit und die Beauftragung noch in diesem Jahr sei unrealistisch.

Frau Reher berichtet weiter, dass die Förderung „Reparaturbonus“ noch dieses Jahr in Auftrag gegeben werden solle.

Das Förderprogramm „GießkannenheldInnen“ wurde vom Betriebsausschuss des Umweltbetriebes beschlossen. Aktuell würde an einem Umsetzungskonzept in Zusammenarbeit mit dem Umweltamt gearbeitet. Die Mittel werden aber in 2023 nicht ausgegeben werden können. Eine Anschaffung von Behältern auf Vorrat, wie vom BKB vorgeschlagen, wäre nicht möglich mangels Lagerkapazitäten.

Frau Reher teilt mit, dass die Förderung „Klimafreundliche Mobilität“ nach Beschluss im AfUK gestartet und kurze Zeit später wieder geschlossen

wurde, weil diese deutlich überzeichnet war. Es würden viel mehr Anträge vorliegen, als Mittel zur Verfügung stünden. Es müsste darüber diskutiert werden, wie damit umzugehen sei. Sie erläutert hierzu folgendes:

Wenn alle Anträge bewilligt werden sollten, würden weitere 94.000 Euro benötigt. Sollten die Projekte „Partizipative Quartiersarbeit“ und die „GießkannenheldInnen“ ins nächste Haushaltsjahr verschoben werden, so könnten die Mittel zur Bewilligung der Anträge „Klimafreundliche Mobilität“ dienen. Bei der „Spülmobil“ Förderung würden nicht mehr als zwei bis drei weitere Anträge eingehen, sodass noch 25.000 Euro übrigblieben, die ebenfalls für die „Klimafreundliche Mobilität“ eingeplant werden könnten.

Ohne dieses Budget müsste ein Großteil der Anträge abgelehnt werden. Bislang seien deshalb noch keine Bewilligungen an die Antragsteller*innen versendet worden. Würde heute dem AfUK empfohlen, dass die noch nicht verausgabten Restmittel für das Projekt „Klimafreundliche Mobilität“ verwendet werden sollen und der AfUK dies beschliesse am 7.11.2023, könnten alle Anträge bewilligt werden.

Herr Dr. Schem stimmt dem Verfahren zu, äußert jedoch den Vorschlag bei einer erneuten Förderung das Verfahren dahingehend anzupassen, dass alle eine faire Chance auf eine Förderung hätten, beispielsweise über eine Verlosung. Einige Bürger*innen bräuchten eventuell mehr Zeit für die Beantragung.

Herr Meyer fragt nach, ob es eine Alternative zu der Verschiebung der Mittel an das Förderprogramm „Klimafreundliche Mobilität“ gäbe.

Herr Adamski gibt zur Kenntnis, dass die Mittel dann verfallen und zurück in den städtischen Haushalt fließen würden.

Frau Reher ergänzt, dass Anträge dann bis zu dem Budget von 50.000 Euro bewilligt würden. Alle Anträge darüber hinaus, müssten abgelehnt werden.

Frau Rehorst äußert Kritik daran, dass in ein und derselben Familie mehrere Anträge gestellt werden könnten. Dies sollte demnächst beschränkt werden.

Herr Dr. Schem erklärt, dass dies ein legitimer Gedanke sei und beim nächsten Mal mitbedacht werden könne.

Herr Mc Call findet es nicht verwerflich, dass mehrere Familienmitglieder einen Antrag stellen dürften. Wenn das Auto für die komplette Familie wegfallen würde, dann bräuchten eventuell auch mehrere Personen aus dieser Familie eine Alternative.

Frau Willner stimmt der Umverteilung des Budgets auf die „Klimafreundliche Mobilität“ zu und äußert den Vorschlag die restlichen Mittel für den „Reparaturbonus“ zu veranschlagen.

Es ergeht folgender

Beschluss:

Der BKB empfiehlt dem AfUK, die nicht verausgabten Mittel aus den beschlossenen Projekten „Spülmobil“, „GießkannenheldInnen“ und „Partizipative Quartiersarbeit“ für das Förderprogramm „Klimafreundliche Mobilität“ und den „Reparaturbonus“ zu verwenden. Dies entspricht einer Summe von 101.000 Euro.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 8

Budget 2024

Herr Dr. Schem bittet darum, Förderprogramme so früh wie möglich in 2024 zu beschließen, damit der zeitliche Vorlauf zur weiteren Bearbeitung und Verausgabung gegeben sei.

Herr Adamski erinnert daran, dass schon ca. 130.000 Euro für die „Partizipative Quartiersarbeit“ und die „GießkannenheldInnen“ in 2024 eingeplant sind.

Herr Mc Call fragt nach, ob dies bedeuten würde, dass in der nächsten BKB Sitzung nur noch über die Mittel und nicht mehr über das Projekt selber entschieden würde. Herr Dr. Schem bejaht das.

Herr Mc Call kündigt eine Projektidee für 2024 an, welche aus dem wissenschaftlichem Gremien „Bielefeld 2000 Plus“ von der Universität Bielefeld, gemeinsam mit der Stadt, entstanden sei. Dabei geht es primär um die thematische Aufarbeitung zum Thema „Baumsterben“. Am Ende des Jahres solle das Thema dann auf einer öffentlichen Veranstaltung thematisiert und diskutiert werden. Wie genau das Konzept aussehen solle, stehe noch nicht fest.

Herr Dr. Schem findet den Vorschlag interessant.

Außerdem äußert Herr Dr. Schem u.a. die Idee die Spülmobilförderung erneut aufzulegen, da diese für das Jahr 2023 relativ spät aufgesetzt worden sei.

Eine Förderung für Stecker-Solaranlagen wäre zudem auch eine Überlegung wert, besonders für Geringverdiener*innen oder Menschen in einer Mietwohnung, welche nicht die Möglichkeit besitzen, eine PV-Anlage zu installieren.

Ein weiterer Gedanke wäre, über das Thema „energetische Sanierung“ zu sprechen, welches bislang im BKB noch nicht behandelt worden sei.

Herr Upmeyer zu Belzen findet das Thema „energetische Sanierung“ sehr wichtig, gerade wenn es um die Umrüstung auf eine Wärmepumpe ginge. Energetische Sanierung müsste dem Austausch einer Heizung vorangehen. Das Bewusstsein dafür sollte angestoßen werden.

Frau Schwenzfeier- Hellkamp äußert sich positiv über den Gedanken bei zukünftigen Anträgen, Zielgruppen mit geringem Einkommen zu adressieren. Deshalb unterstütze sie durchaus Förderungen wie Stecker-Solaranlagen für Mieter*innen, damit nicht immer nur die finanzstarken Haushalte gefördert würden.

Frau Jongmanns bringt die Idee vor, Installationen von Trinkwasserspendern im öffentlichen Raum zu fördern.

Herr Dr. Schem berichtet, dass der Beschluss in der Vergangenheit in den AfUK gegangen war, jedoch abgelehnt worden sei, aufgrund von Kosteneffizienz. Das zweite Hindernis wäre wohl die Überwachung der Qualität der Trinkwasserspender gewesen.

Herr Adamski gibt zur Kenntnis, dass der Seniorenrat dieselbe Aufforderung geäußert habe. Speziell im Sommer sei dies von Bedeutung, da alleine dieses Jahr bundesweit knapp 4000 Menschen an Überhitzung gestorben seien. Das Thema „Trinkwasserspender“ sei in den Hitzeaktionsplan mitaufgenommen.

Frau Rehorst äußert das Interesse an einer Förderung für „Fenster-tausch“. Bielefeld hätte viele alte Häuser, welche zum Teil noch einfach verglast seien.

Kenntnisnahme

Zu Punkt 9 **Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der
Verwaltung zum Sachstand**

Herr Dr. Schem merkt an, dass unter dem Tagesordnungspunkt 7, bis auf das Verbot von Heizpilzen und der Mehrwegpflicht, alle Punkte besprochen worden seien.

Frau Reher erklärt, dass auf Wunsch des AfUK zum Antrag auf eine Mehrwegpflicht auf öffentlichen Veranstaltungen eine Abfrage bei den zuständigen Behörden und Institutionen erfolgt sei. In einem zweiten Schritt soll eine gemeinsame Arbeitsgruppe ein tragfähiges Konzept für Bielefeld ausarbeiten.

Zum Verbot von Heizstrahlern würde sich die Verwaltung noch in einer rechtlichen Prüfung befinden.

Kenntnisnahme

Zu Punkt 10 **Ausblick auf die nächste Sitzung des Bielefelder Klimabeirates**

Frau Reher berichtet, dass es im Klimateam im Umweltamt einen personellen Wechsel gegeben hätte. Zwei Personen hätten das Team verlassen und ab Januar würden diese beiden Stellen wiederbesetzt. Somit sei im übernächsten BKB eine Vorstellungsrunde des Teams angedacht, mit Erläuterung der jeweiligen Aufgabenbereiche.

Kenntnisnahme



Dr. Michael Schem



Franziska John